

Ab April 2025: Höhere Gebühren und Steuern belasten Österreichs Bürger!

Ab 1. April 2025 steigen in Österreich Gerichtsgebühren, Tabaksteuern und E-Auto-Abgaben. Neue Sparmaßnahmen der Regierung im Fokus.



Nachrichten AG

Vienna, Österreich - Ab dem 1. April 2025 tritt in Österreich ein umfassendes Paket an Sparmaßnahmen in Kraft, das von der Regierung zur Sanierung des Budgets ins Leben gerufen wurde. Laut **vienna.at** werden die Änderungen verschiedene Lebensbereiche betreffen, mit erheblichen finanziellen Konsequenzen für Bürger und Unternehmen.

Besonders prägend für die neuen Maßnahmen ist die Anhebung der Gerichtsgebühren um 23 Prozent. Diese betrifft nicht nur zivilrechtliche Verfahren mit Beträgen bis zu 350.000 Euro, sondern auch Gebühren für einvernehmliche Scheidungen sowie Auszüge aus dem Firmen- und Grundbuch. Die Erhöhung folgt auf zwei frühere Aussetzungen, was die Situation für viele

Bürger besonders brisant macht.

Erhöhte Steuern und Gebühren

Zudem wird es höhere Steuern auf Tabakprodukte sowie Wetten geben. Die Wettgebühr wird von 2 auf 5 Prozent angehoben, was zu einem erwarteten Mehraufkommen von 50 Millionen Euro führen soll. Insbesondere die Tabaksteuer wird spürbar angehoben; für Zigaretten wird der Preis um 20 bis 50 Cent pro Packung steigen, mit zusätzlichen Einnahmen von 50 Millionen Euro, wie **liferadio.tirol** berichtet.

Neu eingeführt wird auch die motorbezogene Versicherungssteuer für Elektrofahrzeuge, die künftig 70 bis über 2000 Euro jährlich betragen kann, im Durchschnitt jedoch unter 500 Euro liegen soll. Dies wird geschätzt zusätzliche Einnahmen von 65 Millionen Euro generieren. Darüber hinaus wird die Umsatzsteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen zum 1. April 2025 aufgehoben. Zukünftig gilt ein normaler Steuersatz von 20 Prozent, was einem erwarteten Mehraufkommen von 175 Millionen Euro entspricht, wie **weekend.at** angibt.

Bildungskarenz und weitere Maßnahmen

Ein weiteres zentrales Element des Sparpakets ist die Abschaffung der Bildungskarenz. Dies bedeutet, dass es kein Weiterbildungsgeld und kein Bildungsteilzeitgeld mehr geben wird. Übergangsregelungen bestehen nur für Bildungskarenzen, die bis zum 31. März 2025 begonnen oder bis zum 28. Februar vereinbart wurden. Die Regierung erwartet Einsparungen von 350 Millionen Euro durch diese Maßnahme. Zudem wird die Bankenabgabe eingeführt, die ebenfalls zu einem Beitrag von 350 Millionen Euro zur Haushaltskonsolidierung führen soll.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die neuen Sparmaßnahmen ab April 2025 nicht nur die finanziellen Verpflichtungen der Bürger erhöhen, sondern auch einen Einfluss auf die gesamte wirtschaftliche Landschaft in Österreich

haben könnten. Es bleibt abzuwarten, wie die Bevölkerung auf diese weitreichenden Änderungen reagieren wird.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.liferadio.tirol • www.weekend.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at